

Beylagspreis
Der Halle vierteljährlich bei postmaler
Anzahlung 2,50 M., wozu die Post
2,25 M. und die Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterlassene eingehende Anzeigen
wird keine Gewähr übernommen.
Hochdruck mit gutem Druckmaterial;
„Saale-Zig.“ gedruckt.

Hauptredaktion der Redaktion Nr. 1140;
der Annoncenabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zwölftausendstes Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenpreise oben beim
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
30 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Dr. Witzke 63, 1 sowie von
unseren Korrespondenten und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle
und umwelts 1 M.
Erdrückt täglich poimal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Dr. Witzke 63, 1;
Neben-Geschäftsstelle: Markt 24
Anzeigen-Geschäftsstelle: Dr. Witzke
Markt 63, 1; Telefon Nr. 591 n. 178.

Nr. 187.

Halle a. S., Sonnabend, den 23. April.

1910.

Ein Duell Dernburg-Erzberger.

Ansinerandersehung in der Budgetkommission des Reichstages.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet gestern die Regierungsvorlage über die nachträgliche Deckung der durch die Reichshauptkasse verursachten Mehrkosten des südwestafrikanischen Aufstandes durch Anleihe. Es lag dazu ein Antrag Erzberger (Zentr.) vor, der in die Vorlage einen neuen Abschnitt hineintrug, wonach diese Aufstandskosten gedeckt werden sollten durch eine auf die südwestafrikanischen Gesellschaften gelegte Vermögenssteuer, deren Ablösung durch Abtretung von Land und Bergwerksrechten möglich sein soll. Die fortgeschrittliche Volkspartei beantragte statt dessen einen Gesetzentwurf vorzulegen, bei dem die Kosten der Niederwerfung des Aufstandes, soweit sie aus Anleihemitteln gedeckt worden sind, als eine Schuld des südwestafrikanischen Schutzgebietes gegenüber dem Reich festgesetzt werden, wozu eine Verzinsung und allmählich in längeren Jahren zu bewirkende Amortisation durch das Schutzgebiet vorgesehen wird, drittens als Mittel dafür die jetzt für den Eisenbahnbau reservierten Einnahmen, sobald sie freiwerden, unter Zuhilfenahme anderer allgemeiner auf das Vermögen oder das Einkommen zu legender Steuern verwandt werden und dabei Vorzüge zu treffen ist, daß dadurch die dem südwestafrikanischen Schutzgebiet obliegenden kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht beeinträchtigt werden.

Nach Beratung der einzelnen Bestimmungen der Regierungsvorlage fand eine Geschäftsordnungsdebatte statt über die Zulässigkeit des Erzbergerischen Antrages. Von national liberaler Seite wurde hiergegen Einspruch erhoben und betont, daß dadurch eine ganz neue Materie in das Gesetz komme. Die Vertreter der fortgeschrittenen Volkspartei stellten sich auf den gleichen Standpunkt, meinten Zentrum, Konservativen und Wirtschaftliche Vereinigung einen Zusammenstoß mit der Regierungsvorlage in dem § 6 gegeben fanden, in dem von der Deckung der Ausgaben die Rede sei.

Staatssekretär Dernburg

erklärte, es handle sich um Fragen von solcher Wichtigkeit, wie sie in der Kolonialpolitik nicht vorgekommen seien. Das Gesetz sei eine Veränderung des Schutzgebietes, welches, das bisher die Steuerbefreiung dem Kaiser währte. Es liege also bei Übertragung auf Bundesrat und Reichstag eine Verfassungsänderung vor. Auch liege eine Art Entzweiung vor, da unter großem Druck Abtretungen von Land erzielt werden sollten. Die Regierung innerhalb weniger Stunden vor die schwersten Entscheidungen zu stellen, sei nicht recht. Die größte Verantwortung liege in der kolonialen Krise getragen. Die Beratung solcher Dinge müsse nach parlamentarischen Prinzip in der Öffentlichkeit des Plenums erfolgen.

Das Verfügungsrecht des Kaisers darf nicht durch einen Paragrafen beeinträchtigt werden an einer Stelle, wo er nicht hingehöre. Die §§ 11 und 12 über die Landkonzession hingen absolut nicht mit der Materie des Gesetzentwurfs zusammen. Er lege Einspruch dagegen ein, daß Rechte des Kaisers auf dem Wege über die Hintertreppe beeinträchtigt werden.

Abg. Erzberger

entgegnete dem Staatssekretär, die Geschäftsordnung sei nur Sache des Reichstages, da gebe es kein Hineinreden der Regierung. Um dem Kaiser handle es sich gar nicht, der Reichstag habe vollständig mitzusprechen. Der Staatssekretär habe sich in die Auslegung der Geschäftsordnung eingelassen. Er wolle das zur Hilfe. Er protokollierte dagegen, daß der Kaiser in den Vordergrund gestellt werde, wo ihm gar nichts genommen werden solle.

Staatssekretär Dernburg

erklärte, er wolle sich nicht in die Geschäftsordnung einmischen. Die Geschäftsordnung ginge ihn nichts an. Er habe aber erklärt, daß Prinzipien in Frage gestellt würden. Er habe es für besser, mit Ruhe die Dinge zu behandeln. Er habe nur die Stellung der Reichsregierung flaggelegt und dabei auf Punkte hingewiesen, die bisher nicht berührt worden seien.

Ein Antrag der Freilinnigen auf Abweisung der in Frage stehenden Abschnitte des Antrages Erzberger wurde gegen die Freilinnigen und Nationalliberalen sowie gegen eine Stimme von der Reichspartei abgelehnt. Es wird in die Verhandlung des Antrages eingetreten.

Antragsteller Erzberger:

Der Antrag hatte Aufsehen erregt. Die Nowidie, die ihm gemeist seien: Schamlosigkeit, Vermögenskonfiskation usw., wurde er zurück. Gemüßte scheinen eine ruhige Erörterung der Frage nicht vertragen können. Die Grundgedanken seien: Heranziehung der Wohlhabenden und Wiederherstellung der Freiheit des Fiskus, wie sie in anderen Kolonien bestünde. Zu dem Vorwurf, er durchlöchere

die Vorrechte des Kaisers, erklärte er, daß eine Revision des Schutzgebietes schon lange von seiner Fraktion verlangt worden sei. Jetzt sei diese zeitgemäß. Wenn ihm der Vorwurf des

Angriffs auf kaiserliche Rechte

gemacht werde, begühre er dem Herrgott aus. Die gesamten Kosten der Kolonie aufzuliegen, sei zwecklos, da dann das Reich selbst wieder zahlen werde. Außer den außerordentlichen Ausgaben eine dauernde Vermögenssteuer zu schaffen, bleibe noch das Beste. Das Gouvernement habe eine ganz andere Auffassung als das Kolonialamt hier wahrscheinlich auf Grund seiner Astenkenntnis. Die Kolonie solle dem deutschen Volk, nicht den Anteilnehmern der Gesellschaften erworben sein. Das fruchtlose Gebiet solle nur durch den neuen Vertrag der deutschen Kolonialgesellschaft ausgeliefert werden. Das klare Recht auf das Gebiet der „roten Nation“ solle unter ein Schiedsgericht gestellt werden. Was die sonst die deutsche Kolonialgesellschaft in dem neuen Vertrag? Die Landrechte seien nichts wert, da es sich um Wüste handle, und die Bergrechte gebe sie nicht auf. Man müsse zur Ablösung der Bergrechte kommen. Nur durch den Vertrag werde man klare Verhältnisse und Veräußerung schaffen.

Die Lüderichshofener Denkschrift

veranlasse ihn, seine frühere Meinung einer Revision zu unterziehen. Das Bild des Bürgermeisters Krepplin stelle sich jetzt ganz anders dar. Der neue Vertrag des Herrn Dernburg mit der Kolonialgesellschaft sei nicht wesentlich besser als der alte. Der Pachtvertrag sei auch gar nicht so günstig, wie es erst schien.

Darauf nahm ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei das Wort. Wenn vor vier Jahren die Regierung der Deutschen Kolonialgesellschaft 4 Millionen Mark hätte bieten wollen, so würden die Herren vom Zentrum sehr erkant gewesen sein. Der springende Punkt sei, daß bis vor kurzem Südwestafrika als wertlos gegolten habe. Er hätte vor sieben Jahren das Land ruhig verschenkt. Die Kolonialgesellschaft hat ihrem beifälligen Glück mühe zu den Schutzkosten zugezogen werden. In den §§ 7 und 8 des Erzbergerischen Antrages sei aber die Steuer so hoch angesetzt, daß die Kolonialgesellschaft sie nicht leisten könne. Das Reich gebe ihr freilich nach § 11 des Antrages Geld, nehme es aber sofort zurück und habe dabei die Bergrechte umsonst mitbekommen. Kolonien brauchen Großkapitalien, die auch Geld verlieren können. Die wollen aber auch einmal verdienen. Durch Fehler habe die deutsche Kolonialgesellschaft Rechte erworben; der Moment sei früher verpaßt worden. Man könne nur durch Ueberredung, nicht durch Gewalt weiterkommen.

Staatssekretär Dernburg

lehnte sowohl den Antrag Erzberger wie die Resolution der fortgeschrittenen Volkspartei ab. Es handle sich um drei Fragen. Erstens darum: ob die Kolonien für Kriegskosten aufkommen sollen. Zweitens: Im Schutzgebiet übt der Kaiser die Schuttmacht aus; er müsse deshalb den Kaiser nennen, dessen Gewalt durch den Antrag eingeschränkt werden solle. Drittens sei die Frage, ob man durch Befreiung etwas gewinnen könne, was auf dem Grundsatz nicht angenommen werden könne. Es seien die Südbahnen bereits dem Schutzgebiet aufgelegt. Drei Viertel der Bevölkerung seien erst nach dem Kriege zugezogen, erst nach den Bahnbauten hätten sich die Kapitalien

meist kleinerer Kapitalisten

dorthin gewandt, und diese, darunter Witwen, würden gestraft. Die Kolonialgesellschaft, die 1909 in Namibia gegründet sei, habe gewiß nicht an diese Steuer gedacht. Sie müßte nach dem Antrage 270 000 Mark zahlen. Ebenso würde die Liebig & Compagnie 150 000 Mark zahlen müssen. Befreiere man hier, so müsse man auch in anderen Fällen, in denen ein Krieg ohne Schutz der Bevölkerung ausbräche, Steuern nehmen. Er warne vor dem Prinzip. In Südwest komme nicht nur die Kolonialgesellschaft in Frage. Hoheitsrechte habe sie nicht mehr, auch keinen Verkehr mit den Schützern; nur die Schutzgebühren würden ihr ausgezahlt. Dies sei ein erworbenes Recht, das schwer zu beseitigen sei. In der Landkommission liege Erzberger früher anderer Ansicht gewesen; er habe ehemals geglaubt, das Nöwendige sei erzielt worden. Dem Bundesrat Einspruch auf die Steuerbestimmungen einzutragen, sei falsch.

Die Aktie der Deutschen Kolonialgesellschaft

sei von Erzberger auf 400 000 Mark bewertet worden, an der Börse gelte sie 14 000 M. Während er sich den Kopf zerbrähe, wie er ohne Kontingentierung die Diamanten unterbringen könne, verpönte Erzberger die Einkünfte. Die Besteuerung treffe jeden Aktionär, als ob er den ganzen Betrag bestünde, und das zu einem viel zu hohen Anschlag. Für 81 Millionen bekomme er die sämtlichen südwestafrikanischen Aktien. Also bedeute der Antrag Konfiskation. Alle Gesellschaften würden morgen zumachen können. Nur die die bisher nichts „gebaut haben, würden lachen. Die deutsche Kolonialgesellschaft habe keine Hoheitsrechte mehr, nur die anderen. Mit deutschem Geld würden die englischen Gesellschaften bezahlt werden. Landkonzessionen und Bergwerkskonzessionen nur mit Zustimmung des Reichstages zu erteilen. Danach wäre er. Die Vorlage sei keine werde man immer zu spät kommen. Die Vorlage sei keine Botschaft, auf der der Reichstag aufpassen müsse; man müsse vertragen bleiben. Man sage, manche von den Rechten seien zweifelhaft. Daß in Verwaltungsinstanzen verschiedene Meinungen vorkämen, sei nichts Besonderes. Vielleicht sei sogar zur Herbeiführung gerichtlicher Urteile die Ausrufung getan. Er komme auf die

Parteischrift der Lüderichshofener.

Er habe früher nur Mitteilungen des Gouvernements aus in Sachen Krepplin vorgelesen. Die Lüderichshofener Schrift könne im Schutzgebiet niemand. Die Frage der Nachschaffung sei falsch dargestellt; die angeblich den Fiskus entgangenen 250 000 Mark seien durch Gegenkonzessionen aufgewogen, die schon 252 000 Mark dem Reich gebracht hätten. Der Fiskus sei nicht in der Lage gewesen, sich zu sperren. Er habe den neuen Vertrag für einen sehr guten. Wenn 800 Millionen Mark Wert in dem Lande lägen, so bekomme das Reich durch den neuen Vertrag 600 Millionen Mark. Er könne sich und dem Reich nur gratulieren, daß die Sache so ausgelaufen sei.

Abg. Erzberger bemerkt, er habe nur gesagt, die erste Anregung habe der Herrgott gegeben. — Hierauf wird die Debatte abgebrochen und auf Montag vertagt.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung. Freitag, den 22. April 1910

Am Tische des Bundesrats: Wackerzapp.
Präsident Graf Schwerin-Schmig eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Das Mühlheimer Eisenbahnunglück.

Die Interpellation Wackerzapp und Genossen (natifs.) lautet:

Was gebekt der Herr Reichstagskanzler zu tun, um die Wiederkehr von Eisenbahnunglücken, wie desjenigen bei Mühlheim a. Rh. zu verhüten und die Opfer desselben oder ihre Familien zu entschädigen?

In der Wanderschaft hat mit Erlaubs des Reichstagspräsidenten eine hiesiger Firma das Modell einer elektrifizierten Eisenbahn im Betriebe aufgestellt zur Erläuterung automatischer Sicherheitsvorrichtungen.

Abg. Dr. Semler (ntl.)

begründet die Interpellation. Der Reichstag hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, nach den Ursachen dieses furchtbaren Unglücks zu fragen. Man denke nur, was denn geschehen wäre, wenn das Unglück, das so viele brave Soldaten getroffen hat, passiert wäre etwa auf dem Transport zum Kriegsschauplatz! Zwei Fragen drängen sich besonders auf: Sind denn alles geschehen, um das Unglück zu verhüten? Und zweitens: Wie steht es mit der Entschädigung? Der preussische Eisenbahnminister, den wir ja leider heute hier nicht sehen, hat bereits im preussischen Abgeordnetenhause Erklärungen abgegeben, aber sie brauchen nur in einzelnen Punkten Aufklärung. Es fragt sich noch, ob der Zwischenraum zwischen dem Militärzug und dem Schnellzug nicht zu klein war. Was ist denn eigentlich die Ursache des Unglücks, wenn die Anlage in Ordnung, der Führer ein erfahrener Mann war und die Sicherheitsvorrichtungen auch nachträglich intakt gefunden wurden? Die Erklärung, daß überall betriebsfähige Unglücksfälle vorkommen, genügt nicht. Der Minister hat sich gegen automatische Bremsvorrichtungen ausgesprochen, weil sie die Gefahr nicht verringern, sondern steigern. Aber hind denn die Menschen nicht auch Entschädigung unternehmen? Wie sehr ist nicht der Lokomotivführer dem Staub, der Hige ausgelegt! Da werde man doch einen neben dem anderen an. Welche Verluste hat man denn überhaupt mit der automatischen Bremse gemacht? Menschenkraft kann jeden Augenblick versagen, selbst die des besten Beamten. Deshalb haben die Erklärungen des Eisenbahnministers uns nicht beruhigt, umso weniger, als nicht einmal gesagt worden ist, wie lange denn ein Lokomotivführer im Dienste sein muß. Und sein Wort ist gelagt über das ungeliebte System der Kilometerzettel, das geradezu eine Prämie ist auf zu lange Arbeitszeit. In dem Moment, wo gerade die Menschenkraft verlagert hat, soll man uns nicht auf die Qualität der Menschenkraft verlassen, vielmehr gerade da sein Augenmerk auf technische Maßnahmen richten.

Dem Minister hört man auf alle solche Wünsche immer nur ein Nein. So firsche, daß da wieder nur Selbstorgeln hinter dieser Zurückhaltung stehen. Wir werden schon in der nächsten Budgetkommission diese Fragen sehr eingehend prüfen, viel eingehender, als es hier im Plenum möglich ist. Was die Entschädigung betrifft, so wünschen wir weitestgehende Entgegenkommen für die Hinterbliebenen. (Beifall links.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp:

Im Namen der verbundenen Regierungen habe ich dem wärmsten Mitgefühl mit den Hinterbliebenen und den zum Teil schwer Verletzten Ausdruck zu geben. Die verbundenen Regierungen beklagen tief den tragischen Verlust so vieler Menschenleben und die so vielen schweren gesundheitlichen Schädigungen. Die Soldaten haben sich bei und nach dem Unglück viel Sorgen genommen. Die von den Einzelnen der benachteiligten Kreise geleistete Hilfe war überaus dankens- und anerkennenswert; die Hilfsaktion hat die tatsächliche Unterstützung der Behinderten und Witwen erhalten. Das Reichseisenbahnamt hat einen Kommissar an Ort und Stelle geschickt, um unabhängig von parteilich laufenden Untersuchungen der Ursache des Unfalls nachzugehen und zu prüfen, ob und inwieweit etwa neue Vorkehrungen zu treffen sind. Die Feststellungen des Kommissars stimmen überein mit den im preussischen Abgeordnetenhause mitgeteilten Feststellungen des preussischen Eisenbahnministers. Der in der Presse laut gewordene Anschlag, als ob bei der Mühlheimer Bahnstation eine sehr Sparlosigkeit gemalt habe, ist entschieden entgegenzutreten. Die Bahnstationen sind allen modernen Anforderungen entsprechend besunden worden. Das gilt besonders

von den Sicherungsanlagen. Der Zwischenraum zwischen dem Militärzug und dem Erspähzug betrug 10 Minuten, war also ausreichend. Der Führer des Erspähzuges hat aber ein falsches Signal übergeben. Der Führer selbst betritt das Gelände. Es ist auch festgestellt, daß das Signal sehr günstig liegt und weithin sichtbar ist. Eine Überlastung des Lokomotivführers oder der Strecke ist nicht zu konstatieren gewesen. Der Unfall ist also lediglich auf ein behauerliches Versagen des Lokomotivführers zurückzuführen. Was die mechanische Sicherung betrifft, so werden seit einem Jahrzehnt Versuche gemacht, ohne daß man bisher zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen wäre. Eine feinerzeit dafür eingesetzte Kommission ist zu dem Resultat gelangt, daß sowohl die mechanischen als die elektrischen Vorrichtungen der Zuverlässigkeit entbehren. Neuerdings ist wieder eine Kommission vom preussischen Eisenbahnminister mit Prüfung mechanischer Sicherungsvorrichtungen beauftragt und alle Eisenbahnverwaltungen dazu eingeladen worden. Bis jetzt können wir nur sagen, daß die einzige Garantie die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Personals ist; denn schließlich müssen auch die mechanischen Vorrichtungen von Menschenhänden bedient werden. Der Reichsanwalt wird allen auf Vernehmung der Betriebsleiter gerichteten Erklärungen sein Augenmerk zuwenden. Die Entschädigungspflicht liegt der preussischen Eisenbahnverwaltung ob. Damit ist die Sicherheit gegeben, daß die Entschädigung nach Möglichkeit erfolgen wird. Auf Antrag des Abg. Waffernann (nl.) erfolgt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Waffernann (Str.):

Da wir die Frage bereits im Abgeordnetenhaus erörtert haben, erübrigt sich, ihr nochmals darauf einzugehen, zumal ja die Untersuchung noch schwebt.

Abg. v. Richthofen (kon.):

Auch ich hatte eigentlich zuerst den Gedanken, die Interpellation hier jetzt überflüssig, nachdem der Eisenbahnminister sich aus eigenem Antrieb im Abgeordnetenhaus über den Unfall geäußert hat. So lange die Untersuchung noch schwebt, ist ein abschließendes Urteil auch noch nicht möglich. Wenn ich die Interpellation trotzdem nicht für überflüssig, sondern für notwendig halte, so deshalb, weil ich eine einmütige Sympathie-Kundgebung des Reichstages für die Opfer des Unfalls für erwünscht halte. Das ist der einzige Grund, der die Interpellation rechtfertigt. Ich hoffe ferner noch, daß die Opfer resp. ihre Hinterbliebenen entschädigt werden, soweit dies möglich ist. (Stenos.)

Abg. Eickhoff (fortsch. Vp.):

Auch wir beklagen die Opfer und ihre Hinterbliebenen und wünschen eine ausgiebige Entschädigung. Und für seine entgegenkommende Erklärung in dieser Beziehung wird dem Minister dankbar. Zur Sache wird ja das Gericht noch darüber zu entscheiden haben, ob es richtig ist, wie die Kommissare, die an Ort und Stelle gelangt worden sind, es behaupten, daß der einzig Schuldige der Lokomotivführer ist, der das Haltsignal überfahren hat. Tatsache ist, daß der Lokomotivführer ein erfahrener Mann war, der auch die Strecke kannte. Im allgemeinen, m. H., kann ich nur aus eigenen Unterhaltungen mit Lokomotivführern den Schluss ziehen, daß der Dienst dieser Beamten ein aufreibender ist. Die Verantwortlichkeit als Personalführer ist offenbar die Ursache des Unfalls. Wir haben ein Führer ergriffen, der allein schuld ist und deswegen gerügt wurde, wenn die Maschine nicht ganz in Ordnung ist. Ein akustisches Signal, das sicher wirkt, ist noch nicht erfunden. Deshalb sollte man die Frage erwägen, ob nicht neuen Lokomotivführer und Heizer noch ein dritter Beamter auf der Maschine angelegt ist. Auf die Kosten darf es nicht ankommen.

Abg. Hengsbach (Soz.):

Das Unglück ist wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Der Eisenbahnminister hat ja logisch im Abgeordnetenhaus erklärt, daß die Eisenbahnverwaltung keine Schuld trifft. Das ist von seinem Standpunkt aus begreiflich. Wunders muß man sich nur, daß die Interpellation hier überhaupt von den Herren eingebracht worden ist, zumal bei der Gefährtslage des Bundes. Hat doch im Abgeordnetenhaus, als dort das Zentrum eine solche Interpellation einbrachte, nachdem schon vorher beim Etat der Eisenbahnminister sich über das Unglück geäußert, gerade ein nationalliberaler Abgeordneter, Herr Schmieding, durch einen Zuspruch Zweifel an der Notwendigkeit der Interpellation laut werden lassen. Und was würden die Herren wohl sagen, wenn wir uns erlaubt hätten, diese Interpellation einzubringen. Uns hätte man dann wohl wieder nachgesagt, daß wir dabei nur parteipolitische Zwecke verfolgten. Zur Sache steht fest, daß der Lokomotivführer ein völlig einwandfreier Mann war und als solcher auch von dem Minister anerkannt worden ist, und daß er und der Heizer durchaus betreten, daß das Signal auf Halt gestanden habe.

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderapp:

Weiter die Verhältnisse in Wülshelm selbst wird der an Ort und Stelle entsandte Kommissar aus dem preussischen Eisenbahnministerium Auskunft geben. Den privaten Erfindungen können wir die größte Aufmerksamkeit. Der Verkehr auf der Strecke Dülsdorf-Wülshelm ist nicht überbrochen. Alle Reisen waren die Wagen des Militärzuges nicht. Von einer übertriebenen Sparmaßnahme auf Kosten der Betriebssicherheit kann nicht die Rede sein.

Geheimer Oberbaudirektor Riedel

schreibt eingehend die Wülshelmer Bahnstation, die technisch durchaus einwandfrei ist.

Abg. Kille (wirtsch. Vg.):

Die Interpellation, die eigentlich ins preussische Abgeordnetenhaus gehört, bedeutet ein ganz unbedingtes Mitwirken gegenüber der preussischen Eisenbahnverwaltung. Ich kann nicht annehmen, daß die Nationalliberalen diesen tieferen Anstoß zu Klammern auszuscheiden wollen. (Unruhe links.)

Abg. Emda (Soz.):

Die Motive der Interpellation mögen dahingestellt bleiben. Wir beklagen rein menschlich die Opfer, unter denen sich auch Polen befanden. Wir erwarten eine genaue Untersuchung.

Abg. Berner (Reip.):

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist bereits Klarheit geschaffen worden, so daß wir den Zweck dieser Interpellation nicht verstehen. Wir haben Vertrauen zu der Verwaltung.

Abg. Paschke (nl.):

Wir haben es wohl nicht nötig, uns gegen die hier vorgebrachten Anwürfe zu verteidigen. Die Verhandlung hat bewiesen, daß es sich um eine Reichsangelegenheit handelt. Wir verlangen, daß alles genau wird, um die Betriebssicherheit zu haben, um Gesundheit und Leben unserer Mitbürger zu schützen. Was soll denn im Notfall geschehen, wenn nach mehr Tage außerordentlichem Versehen. Wenn die Verwaltung größere Mittel braucht, um Verträge mit mechanischen Sicherungsvorrichtungen zu machen, so wird sie der Reichstag gewiß gerne bewilligen.

Abg. Marg (Str.):

Zweifellos sind Fehler begangen worden. Die Verwaltung trifft aber keine Schuld. Die Strecke ist unbedenklich.

Präsident des Reichseisenbahnamts Waderapp:

Wenn der Zugführer gegen die Vorschriften verstoßen hat, auf die Signale zu achten, wird er zur Rechenschaft gezogen werden. Damit ist die Interpellation erledigt. Das Hans verlegt sich, Sonnabend 2 Uhr: Veteranenbühnen, Kolonialbeamtengelei. — Schluss gegen 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 22. April 1910.

Am Ministertische v. Trott zu Solz.
Präsident v. Kroschke eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung des

Kultusetats

wird beim Kapitel

fortgesetzt.

„Elementarunterrichtswesen“

Abg. Kroschke (Vole):

Die politische Berücksichtigung hat das Gesetz auf Erhaltung des Religionsunterrichts in der Muttersprache wie die litauische.

Abg. Dr. Diekmann (Soz.):

bedauert nochmals die Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Man sollte sich lieber gegen die Jugend wehren und mit ihrem patriotischen Geist. Die Schulaufsichtsbefugnisse mißbraucht die Gesetze. (Der Redner erhebt eine Ordnungsruf.) Sie tritt sie mit Füßen. (Der Redner wird zum zweiten Mal zur Ordnung gerufen.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Mit ihren Jugendorganisationen will die Sozialdemokratie die Jugend in ihr Jagen ziehen. Solchen Leuten geben wir nicht die Erlaubnis zum Turnunterricht. Entschieden wolle ich die Behauptung zurück, als ob die Unterrichtsverwaltung die Gesetze verletze. Doch gegen Gesetze verstoßen wir, die ihre Befehle zu gehorchen widerstreben, ich durchaus bereit. Im Gegensatz hier es, ich beabsichtige nicht gern mit Herrn Diekmann, weil er mich ebenfalls ande. (Heiterkeit.) Ich tue es aber ganz gern, weil ich nicht bewußt bin, hier eine gute Sache zu verteidigen und ich tue das mit innerer Genugtuung. (Beifall.) Auch gegen die politischen Vereine wird nur nach dem Gesetz verfahren. Auch sie treiben unter dem Deckmantel harmloser Bestrebungen Politik. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hingmann (nl.):

Ein natürliches oder aber übernatürliches Recht der Kirche auf die Schule erkennen wir nicht an.

Abg. Gieseler (kon.):

tritt für die litauischen Wünsche auf Religionsunterricht in der Muttersprache ein.

Abg. Kroschke (Vole):

Auch Gesangsunterricht zur Pflege des polnischen Volksliedes werde verordnet.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Dieser Gesangsunterricht war nur ein Deckmantel zur Förderung politischer Bestrebungen. Das konnten wir nicht dulden.

Abg. Hoff (Vp.):

bedauert, daß zu den Kreislehrerkonferenzen auch ältere Lehrer auf bestimmte Themen vorbereiten müssen und daß sie dann darüber wie Schulbuben geprüft werden.

Abg. Dr. Diekmann (Soz.):

Durch landgerichtliches Urteil ist die Nichtgenehmigung zum Turnunterricht aufgehoben worden.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Revisions beim Reichsgericht ist angemeldet. Die Sache schwebt noch. In dem landgerichtlichen Erkenntnis heißt es übrigens, daß die Genehmigung erteilt werden kann, wenn der Unterricht zur sozialdemokratischen Agitation benutzt wird.

Abg. Hoff (Vp.):

Der Minister hat auf meine Beschwerden wieder nicht geantwortet. Daran gehen wir unsere Schiffe. Der Etat wird bewilligt.

„Reichsschulinspektoren“

fordert

Abg. Dr. Schopp (Vp.),

daß an Stelle der atavistisch gebildeten Lehrer mehr seminaristisch gebildete mit der Druckschriftprüfung betraut werden.

Ministerialdirektor Schwarzhoff:

Die Beschwerden sind schon deshalb nicht aufzufassen, weil viele von den Philosophen unter den Reichsschulinspektoren und Seminarleuten ursprünglich seminaristisch vorgebildet waren. Die in Frage kommenden Theologen haben aus Mittelschulern und Rektoratsgelehrten gemacht, sind also auch pädagogisch vorgebildet.

Abg. Nicht-Juda (Str.):

Wir sehen als Gegner jeder weiteren Einschränkung der geistlichen Schulaufsicht die neuen 13 hauptamtlichen Reichsschulinspektoren an.

Geheimrat v. Breinen:

In der Kommission ist die Notwendigkeit dieser neuen Reichsschulinspektoren eingehend nachgewiesen worden.

Abg. Gieseler (Vp.):

tritt für stärkere Berücksichtigung der seminaristisch gebildeten Lehrer bei der Reichsschulinspektion ein.

Abg. Ernst (Vp.):

beantwortet eine Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Reichsschulinspektoren.

Abg. Eickhoff (kon.):

wendet sich dagegen, daß die Regierung die Gemeinden an der Bewilligung angemessener Drtszulagen hindert.

Abg. Gieseler (Str.):

dankt im Namen des katholischen Lehrerverbandes für die Belohnungsaufstellungen der Lehrer. In Obachtstellung befinden aber noch Mißstände bezüglich der Mißbrauchshandlungen und Ortszulagen.

Abg. Reinbinder (Vp.):

bedauert gleichfalls, daß die von vielen Städten in Aussicht genommenen Drtszulagen die Zustimmung der Regierung nicht gefunden haben.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Nach dem Gesetz haben mit der Gemeinbedienstetung hinsichtlich der Drtszulagen zu prüfen. Das geschieht auch nach bestem Wissen. Die Befürchtung, daß Gemeinden, die Drtszulagen gewähren, die Ergänzungsbeihilfen genommen werden, ist unbegründet.

Abg. Kroschke (Vole):

erklärt, daß die oberbayerischen Gemeinden gar nicht in der Lage seien, Drtszulagen zu gewähren.

Abg. Gieseler (Vp.):

bittet, auch den jüdischen Religionsunterricht zu fördern und die jüdischen Gemeinden auch dann zu unterstützen, wenn die im Gesetz festgesetzte Mindestzahl der Schüler — zwölf — nicht erreicht ist.

Ministerialdirektor Schwarzhoff:

Wir wenden auch dem jüdischen Religionsunterricht alles Interesse zu. Wir müssen uns aber an das Gesetz halten und können ihn nicht vor dem eingelegten oder katholischen bevorzugen.

Abg. Gieseler (Str.):

bittet um Unterstützung der finanziell höchst gestellten Berliner Vorortgemeinden des Ostens. Erforderlich sei eine kommunale Organisation der Gemeinden Großparken, zunächst auf dem Gebiet der Volksschule. Damit könnte auch den ärmeren Gemeinden geholfen werden.

Abg. Marg (Str.):

bedauert die höchste Finanzlage einzelner Gemeinden des Ostens, die Staatszuschüsse nicht hätten. Dieser habe man die Gemeinden aus dem Schulhaushalt herausgehoben. (Präsident Reider: Das gehört nicht hier her. Die Gemeinden werden nicht reich werden, wenn auch die Gemeinden im Schulhaushalt stehen! — Heiterkeit.) Der Redner erklärt: Die Volksschule wird deutsch sein, wenn sie religiös ist. Er bedauert den Mißbrauch des Religionsunterrichts und Pöbels von den Wohlhabenden des Lehrerbildungsbezuges.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

weist durch Anführung von Zahlen nach, daß auch in Posen die Verhältnisse stark verbessert worden sind und sich die überflüssigen Klassen verringert haben.

Abg. Ernst (Vp.):

Man sollte die vom Abg. Marg erwähnten Schulen einfach als Simulakranne erklären, dann wäre man über die Schwierigkeiten hinweg. Der Redner fordert finanzielle Bestätigung der Lehrer in der Provinz Posen.

Abg. Gieseler (Vp.):

bedauert die Ungleichmäßigkeit bei der Verteilung der Zulagen. Der Redner wendet sich gegen den Vorstoß der Schaffung einer kommunalen Organisation von Großparken auf dem Schulgebiete. Man könne nicht verlangen, daß Berlin für andere Städte ausbleibe. Für leistungsunfähige Gemeinden wird der Staat eintreten.

Abg. Gieseler v. Jedlich (nl.):

Hätte man seinerzeit nach unserer Vorschläge Befordrungen eingeführt, so würden diese Schwierigkeiten nicht vorhanden sein. Die Zustände in Westpreußen und Posen sind unbaltbar. Wenn der Minister Mittel zur Besserung hier fordert, so werden wir gern zustimmen. (Beifall.)

Abg. Graf Moltke (nl.):

Die Interessen beider Konfessionen müssen paritätisch verglichen werden. Man sollte alles tun, um den konfessionellen Frieden nicht zu gefährden. Wenn das Zentrum hier im Hause den Frieden aus nicht gefährdet, so haben wir doch nicht die Gewähr dafür, daß das nicht etwa draußen im Lande geschieht. (Zust. b. d. R. und Natl.) Jedemfalls dienen die Wohnbevölkerungsbestrebungen der Katholiken nicht dem konfessionellen Frieden. (Beifall.)

Abg. Marg (Str.):

Es ist keine Störung des Friedens, wenn wir hier Beschwerden vorbringen. Das ist unsere Pflicht. Weiterberatung: Sonnabend 11 Uhr. Schluss 4 Uhr.

Deutsches Reich.

Reichsfiskus und Reichstag.

— Nach einem in parlamentarischen Kreisen beschworenen Gericht soll der Reichsfiskus mit Schließung der Reichstagsession gedroht haben, falls sie vor ihrer Vertagung nicht eine Reihe von Gesetzentwürfen, wie z. B. das Vermögenssteuer- und das Realsteuergesetz, erledigt. Wie der „Berl. Vol.-Anz.“ von zuständiger Stelle zu erklären ermächtigt ist, hat Herr von Weizmann Hollweg eine vorzeitige Schließung des Reichstages weder in Erwägung gezogen noch auch eine derartige Drohung nach irgendeiner Seite hin ausgesprochen.

Der Schiedsspruch für das Berliner Gewerbe

Am 17. d. M. ist in der Berliner Gewerbeversammlung der Schiedsspruch für das Berliner Gewerbe angenommen worden. In einer Delegiertenversammlung der hiesigen Gewerbevereine in Berlin hat sich der Berliner Gewerbeverband mit dem Gewerbeverband der Reichshauptstadt Berlin vereinigt. Nach dem Schiedsspruch wurde in gleicher Abstimmung der Schiedsspruch mit 103 gegen 43 Stimmen angenommen.

Pfarrer Grandinger beim Papst.


— In bayerischen Blättern ist berichtet und vielfach kommentiert worden, daß der liberale Abgeordnete Pfarrer Grandinger vom Papst empfangen worden sei. Die Zentrumsblätter, die das recht annehmbar war, hat nun behauptet, daß man im Vatikan davon keine Ahnung habe. Hiergegen veröffentlicht die „Bayerische Abendzeitung“ eine Dr. Th. unterzeichnete Darstellung des Vorganges, die offenbar den liberalen Abg. Dr. Thoma, einen Teilnehmer an dieser Audienz, zum Verfasser hat. Der wird mitgeteilt:

Abgeordneter Grandinger wurde mit seinen beiden Reichsgelehrten, dem Abg. Thoma und einem Freunde des letzteren, am 21. März abends privatim in den vom päpstlichen Majordomus Erzengel geleitet empfangen und erwiderte nach längerer Unterhaltung eine auf den Namen lautende Legitimation zu einer Audienz beim Papste für die drei Herren. (Die Audienz fand statt am 23. März, mittags 12 Uhr, unmittelbar nach dem Besuche des Reichstagsabg. v. Weizmann Hollweg beim Papste, dem die Herren im Vatikan begegneten. Au

DFG

prohnenpreise: 1 Fr. Lira, Les. Pesca: 80 Pl. — Gest. 18. Gold: 2 W. Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,90
— 7 A. südg. 12. — 1 A. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,124. — 1 Rbl.: 2,10
1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40.
Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%,
Reichsbank 3½%, Nachdr. nach

re
 al
 w
 ge
 ur
 lin
 n
 fo
 M
 au
 S
 die
 au
 me
 Ga

 Ge
 mi
 die
 Gr
 mi
 ker
 der
 geh
 nif
 lun
 ger
 dol
 der
 we
 Bef
 ein
 und
 Stü
 hau
 dur
 Par
 tun
 wen
 Wer
 vor
 der
 lafte
 feru
 fch
 Pres
 habe

 B

 tän
 war
 von
 fecke
 Klein
 mers
 fchlei

 erwa
 rafch
 Kilm
 zur I
 ein
 Well
 donie
 fch id
 abfch
 fache
 durch
 Noum
 zu de
 rungs

 währ
 Ausb
 Sühn